

Nazis raus:

DIE LINKE.



aus den Köpfen

Mit LINKS gegen rechts

NSU, NPD
und der Rassismus
der Mitte

DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G

DIE LINKE.

I M B U N D E S T A G

Fraktion DIE LINKE. im Deutschen Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon: 030/22751170, Fax: 030/22756128
E-Mail: fraktion@linksfraktion.de
V.i.S.d.P.: Ulrich Maurer, Stellv. Vorsitzender
der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag

Redaktion: Ulla Jelpke, Petra Pau

Layout: Fraktionservice

Titelgrafik: DIG/Trialon

Fotos: [picturealliance/dpa](#), Jakob Huber

Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation

Redaktionsschluss: Juli 2013

**Dieses Material darf nicht zu Wahlkampfzwecken
verwendet werden!**

**Mehr Informationen zu unseren parlamentarischen
Initiativen finden Sie unter: www.linksfraktion.de**

Mit LINKS gegen rechts – NSU, NPD und der Rassismus der Mitte

Durch die Mord- und Anschlagsserie des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) ist die tödliche Gefahr der extremen Rechten wieder in aller Munde. Zehn Morde, zwei Bombenanschläge und zahlreiche Banküberfälle einer mehr als 13 Jahre lang unerkannt im Untergrund lebenden Gruppe machen deutlich, welche Konsequenzen die rassistische und menschenfeindliche Ideologie der Nazis im Extremfall haben kann. DIE LINKE im Bundestag hat sofort nach dem Auffliegen des NSU im Jahr 2011 die Einsetzung eines Parlamentarischen Untersuchungsausschusses gefordert, der das Versagen der Behörden in diesem Fall thematisiert hat.

Es ist jedoch klar, dass die Taten des NSU nur die Spitze eines Eisbergs darstellen, der zu anderen Zeiten allzu leicht aus dem Blick der Öffentlichkeit verschwindet. Mehr als 150 Todesopfer rechter und rassistischer Gewalt sind seit 1990 in Deutschland zu verzeichnen. Im Schnitt werden täglich bis zu drei rechte Gewalttaten verübt, ohne dass dies in der Öffentlichkeit noch Beachtung findet. NPD, autonome Nationalisten, Pro-Parteien, zahlreiche Nazi-Kameradschaften und unzählige andere Akteure der extremen Rechten verbreiten täglich ihre rassistische und demokratiefeindliche Propaganda, die der Nährboden für Taten wie die des NSU sind.

Der Kampf gegen Nazis und eine Ideologie der Ungleichheit muss also täglich geführt werden und DIE LINKE im Bundestag hat diese Auseinandersetzung zu einer ihrer Leitlinien gemacht. Mit den parlamentarischen Möglichkeiten einer Bundestagsfraktion machen wir die alltäglichen Gewalt- und Straftaten von rechts zum Thema der öffentlichen Debatte, machen die Organisationen, Aufmärsche und Konzerte der Nazis zu Gegenstand von Anfragen an die Bundesregierung, sorgen für politische Debatten zur Gewalt von rechts im Bundestag, begleiten kritisch den neuen Anlauf für ein NPD-Verbot und haben mit viel Kraft und Engagement die Arbeit im NSU-Untersuchungsausschuss vorgebracht.

Die Absicherung und der Ausbau der vorhandenen Projekte und Initiativen gegen rechts, gegen Rassismus und für Demokratie, wie sie seit 2001 über die Programme



des Bundes gefördert werden, ist ein wichtiges Ziel der Fraktion DIE LINKE. Hier muss es endlich zu einer dauerhaften, finanziell ausreichenden Förderung kommen, anstatt, wie es die Bundesregierung tut, die Projekte gegen rechts mit einem absurden Extremismusverdacht zu traktieren und ihre Existenz zu gefährden.

Für DIE LINKE und für uns persönlich wird die Auseinandersetzung mit der extremen Rechten, mit Rassismus und Antisemitismus auch in der nächsten Legislaturperiode ein dauerhafter Schwerpunkt der Arbeit sein.

Ulla Jelpke
MdB, Innenpolitische Sprecherin

Petra Pau
MdB, Obfrau im 2. Untersuchungsausschuss (NSU)

NSU und seine Folgen: Nur die Spitze des Eisbergs?

Uwe Mundlos, Beate Zschäpe und Uwe Böhnhardt sind in den 1990er Jahren in der Kameradschaft Jena, die Teil des Thüringer Heimatschutzes (THS) war, politisch sozialisiert worden. Mit zeitweilig bis zu 150 Mitgliedern war der THS eines der großen Kameradschaftsnetzwerke. Wichtige Posten innerhalb der Thüringer NPD wurden damals von Kadern des THS eingenommen. Ein Mitangeklagter von Beate Zschäpe, Ralf Wohlleben, war lange Jahre führender NPD-Mann in Thüringen. Deutlich wird an diesem Beispiel die enge Verbindung und Verflechtung von Nazikameradschaften und NPD, die nicht nur in Thüringen typisch war, sondern sich bis heute in zahlreichen Bundesländern findet.

Die Naziszene der Bundesrepublik hat seit vielen Jahren eine Doppelstruktur: einen parteipolitischen Strang, der im Wesentlichen von NPD, DVU, Republikanern und der Pro-Bewegung repräsentiert wurde bzw. wird und ein Geflecht so genannter Kameradschaften, loser Netzwerke, Vereine und Einzelpersonen, die quantitativ inzwischen den größeren Teil der Szene ausmachen. Während die parteipolitisch ausgerichtete extreme Rechte seit Mitte der 2000er Jahre in einer Krise ist (siehe unten), bewegen sich die Mitgliedszahlen der so genannten freien Naziszene auf einem hohen Niveau. Im Verfassungsschutzbericht von 2011 wird von ca. 10 000 gewaltbereiten Nazis in Deutschland ausgegangen, unabhängige Stellen sehen hier ein noch größeres Potenzial – eine enorme Gefahr für Leib und Leben vieler Menschen.

Blind oder absichtlich weggesehen?

Die Mordserie des NSU und ihre Aufarbeitung im NSU-Untersuchungsausschuss des Bundestages haben es deutlich gemacht: Die Gewaltbereitschaft der Naziszene wurde über viele Jahre sträflich verharmlost – von der Öffentlichkeit und viel mehr noch von den Behörden, die für die Abwehr der Gefahren von rechts zuständig sind. *»Auf dem rechten Auge blind«* heißt ein vielfach erhobener Vorwurf an den Verfassungsschutz. Vielleicht ist es aber schlimmer: man konnte sehr wohl sehen, wollte aber nicht richtig hingucken. Der NSU war von V-Leuten des

Verfassungsschutzes umstellt. Aufgedeckt hat dies der Untersuchungsausschuss. Die Rede ist von bis zu 24 Verfassungsspitzeln im Umfeld des NSU. Keiner soll entscheidende Hinweise auf das Trio gegeben haben – auch das wäre eine Aussage über die Qualität dieser V-Leute. Deutlich wurde jedoch im Untersuchungsausschuss, dass wichtige Hinweise niemals an die Polizei weitergegeben wurden. Der Schutz der V-Leute vor Enttarnung rangierte immer vor der Ergreifung des Trios. Für DIE LINKE ist klar: V-Leute sind Täterschutz. Es handelt sich um Nazis, mit denen der Staat nicht paktieren darf. Das V-Leute-System muss sofort abgeschafft werden!

DIE LINKE zwingt die Regierung, sich mit Rechtsextremismus zu befassen

Antifaschistinnen und Antifaschisten, Initiativen und Vereine und auch DIE LINKE haben über viele Jahre die potenziell tödliche Gefahr von rechts thematisiert. Zwei Große Anfragen hat DIE LINKE zu den mehr als 150 rechten und rassistischen Tötungsdelikten in den Bundestag eingebracht um der Frage nachzugehen, warum die Bundesregierung nur 63 dieser Tötungsdelikte als rechts motiviert anerkennt. Einen Überprüfungsbedarf sah die Bundesregierung trotz dieser eklatanten Differenz nicht. Erst nach Bekanntwerden der NSU-Mordserie haben mehrere Bundesländer damit begonnen, die Zahlen noch einmal zu prüfen.

»Mit ihren parlamentarischen Initiativen sorgt die Linksfraktion jedenfalls dafür, dass die Sicherheitsbehörden möglichst viel mit der Beobachtung der rechtsextremistischen Szene beschäftigt werden. Monat für Monat reichen die Abgeordneten Petra Pau, Ulla Jelpke und Jan Korte gleichlautende Fragen nach den im Vormonat begangenen Straftaten mit rechtsextremistischem Hintergrund ein.« So schrieb es die FAZ am 14.8.2008 mit klagendem Unterton. Leider hat diese Beschäftigung der Behörden mit der extremen Rechten nicht zu einer realistischen Gefahreneinschätzung geführt. Noch im Verfassungsschutzbericht 2010 heißt es, es seien *»keine rechtsterroristischen Strukturen«* in Deutschland feststellbar. Über Jahre las sich die Einschätzung zum Thema Rechtsterrorismus im Verfassungsschutz so: *»Für einen planmäßigen, auf Dauer angelegten terroristischen Kampf zur Durchsetzung politi-*

IN DIESEM WALD LAGERTEN
IM APRIL 1945 TAUSENDE
HÄFTLINGE DER KZ SACHSEN-
HAUSEN UND RAVENSBROCK.
HUNDERTE WURDEN HIER VON
DEN FASCHISTEN ERMORDET.

MENSCHEN SEIDEN ICH

POL

scher Ziele fehlt allerdings die breite Akzeptanz in der neonazistischen Szene und damit insbesondere das für einen Kampf aus der Illegalität notwendige Unterstützerumfeld.» (VS-Bericht 1995, S. 114) Eine fatale Fehleinschätzung, wie wir heute wissen. Der NSU ist planmäßig vorgegangen und hatte ein breites Unterstützerumfeld, ohne dass die Sicherheitsbehörden davon Kenntnis erhalten haben wollen. Die Fehler, Pannen und Versäumnisse, die im Untersuchungsausschuss im Zusammenhang mit der Fahndung nach dem Trio zu Tage traten, sind unerklärlich, wenn man von einem ernsthaften Willen zur Ergreifung der drei und einer realistischen Gefahreinschätzung seitens der Behörden ausgeht. An beiden Punkten lässt sich begründet zweifeln.

Für DIE LINKE ergibt sich als Konsequenz aus dem NSU-Desaster, dass die Einschätzung zur Gefährdung von rechts nicht dem Verfassungsschutz oder der Polizei überlassen bleiben darf: neun rassistische Morde, zwei Bombenanschläge in migrantischen Wohnvierteln und weder Polizei noch Verfassungsschutz sind je auf die Idee gekommen, dass Nazis die Täter sein könnten. Deutlicher kann die Notwendigkeit einer grundsätzlichen Veränderung nicht dokumentiert werden.

Das fordert DIE LINKE

DIE LINKE tritt für einen umfassenden Ausbau und eine dauerhafte Absicherung der Projekte zum Thema Rechtsextremismus ein. Mobile Beratungen, Opferberatungen und zahlreiche andere Projekte sind die wahren Fachleute zur Naziszene in ihren Regionen.

Das System des Verfassungsschutzes hat sich bei der Bekämpfung der Naziszene nicht bewährt, es ist Teil des Problems, nicht der Lösung. DIE LINKE will eine unabhängige Beobachtungsstelle Rechts-Extremismus, Rassismus und Antisemitismus. Als Dokumentations- und Politikberatungsstelle sollen hier Erkenntnisse und Gefahreinschätzungen zur extremen Rechten gebündelt werden.

Struktureller Rassismus findet sich in den Polizeibehörden genauso wie im Rest der Gesellschaft. Auch aus diesem Grund richteten sich die Ermittlungen im NSU-Fall vor allem gegen die Familien der Opfer. DIE LINKE fordert in Ländern und im Bund eine unabhängige Polizeibeobachtungsstelle, bei der sich Bürgerinnen und Bürger über diskriminierende und falsche Polizeiarbeit beschweren können.

Schließlich muss der strukturelle Rassismus, wie er sich bei den Ermittlungen zu den NSU-Taten gezeigt hat, zu einem Thema von Polizei, Gerichten und Verwaltungen werden. DIE LINKE will Maßnahmen ergreifen, mit denen die Sensibilität für rassistische Hintergründe von Gewalttaten geschärft wird und diese Taten auch als solche verfolgt werden.

Kein Problem nur am rechten Rand

Nazis und ihre Ideologie fallen nicht vom Himmel. Sie sind das Ergebnis der gesellschaftlichen Zustände. Die Debatten um die rassistischen Thesen eines Thilo Sarrazin verdeutlichen, dass wir es nicht nur mit einem Phänomen am rechten Rand der Gesellschaft zu tun haben. Seit längerer Zeit werden Jahr für Jahr wissenschaftliche Untersuchungen vorgelegt, die zeigen, wie weit Ideologien des Rassismus, Nationalismus und der NS-Verharmlosung verbreitet sind. Nimmt man die Untersuchungen z.B. von Wilhelm Heitmeyer u.a. (»Deutsche Zustände«) ernst, dann spielen die Unsicherheit im modernen Kapitalismus, die Konkurrenz und der gnadenlose Wettbewerb eine wichtige Rolle bei der Reproduktion der Ideologie der Ungleichheit. Für eine nachhaltige Bekämpfung der extremen Rechten muss auch an diesen gesellschaftlichen Zuständen angesetzt werden. DIE LINKE sieht vor allem hier ihre Aufgabe, an den Ursachen von Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus etwas zu ändern. DIE LINKE steht für eine solidarische Gesellschaft, in der Menschen nicht aufgrund ihrer Herkunft, ihrer sozialen Lage, ihrer sexuellen, kulturellen oder religiösen Zugehörigkeit diskriminiert werden.



*Aktiv und konsequent gegen Nazis:
Mit Blockaden als legitimen Mittel gegen Nazis nehmen auch linke
Straße streitig machen - ob wie hier bei einer Aktion vor dem Bund
ten. Bei vielen parlamentarischen Initiativen, Demonstrationen und
ner wie Jugendpfarrer Lothar König aus Jena.*



Abgeordnete in Deutschland teil. Mit Protest gegen rechts die Bundestag in Berlin, in Dresden, Hannover und vielen anderen Städten Blockaden unterstützt DIE LINKE. im Bundestag auch Nazigeg-



Für ein
friedliches
Miteinander
statt
kaltblütiger
Morde!

Antisemitismus

Antisemitismus

Rassismus
Tötung

RESPEKT!

**Kein Platz für
Rassismus!**



NPD und Kameradschaften: Zwei sich ergänzende Stränge der extremen Rechten

Die NPD ist eine rassistische und NS-verherrlichende Partei und steht in klarer Gegnerschaft zu den Werten unserer Verfassung. Die Gleichheit aller Menschen wird von der NPD zugunsten einer rassistisch begründeten Bevorzugung aller Deutschen abgelehnt. Die Nation ist der zentrale Bezugspunkt der NPD und die Frage, wer zu dieser Nation gehört, wird von ihr rassistisch beantwortet. Auf der Homepage der NPD heißt es: *»Ein Afrikaner, Asiate oder Orientale wird nie Deutscher werden können, weil die Verleihung bedruckten Papiers (eines BRD-Passes) ja nicht die biologischen Erbanlagen verändert, die für die Ausprägung körperlicher, geistiger und seelischer Merkmale von Einzelmenschen und Völkern verantwortlich sind.«* Die Herkunft und letztlich »das Blut« entscheiden für die NPD darüber, wer in diesem Land grundlegende Rechte in Anspruch nehmen darf und wem sie vorenthalten werden. Die Partei knüpft damit an eine Ideologie an, wie wir sie aus der Zeit des Faschismus und seiner radikalen Ausprägung in Deutschland kennen. Insofern verwundert es nicht, dass die NPD immer wieder die NS-Vergangenheit verharmlost und bis an die Grenzen der Holocaustleugnung geht. Eine solche Partei steht eindeutig gegen Demokratie, Frieden und Völkerverständigung und ihr Verbot ist eine mögliche Konsequenz und Lehre aus der deutschen Vergangenheit. DIE LINKE fordert das Verbot der NPD und hat hierzu auch einen Antrag in den Bundestag eingebracht. Wir wissen jedoch, dass ein Verbot weder die Lösung des Problems Rechtsextremismus bedeutet und dass ein neues Verbotungsverfahren mit Risiken verbunden ist. Schon einmal ist das Verbot der NPD an den V-Leuten des Verfassungsschutzes gescheitert. Diese machten es dem Bundesverfassungsgericht unmöglich, zu einem Urteil zu kommen. Auch beim neuen Anlauf im Jahr 2013 haben sich die Innenminister der Länder geweigert, eine Versicherung abzugeben, dass das von ihnen vorgelegte Material gegen die NPD nicht von V-Leuten stammt. DIE LINKE wird dieses Thema und die juristische Auseinandersetzung um ein NPD-Verbot weiter mit Anfragen und Anträgen im Bundestag begleiten und gemeinsam mit zivilgesellschaftlichen Organisationen für ein wirksames und juristisch wasserdichtes NPD-Verbot streiten.

Wie wichtig ist die NPD?

Diese Frage ist beim Für und Wider zum NPD-Verbot von entscheidender Bedeutung. Ist die NPD nach wie vor zentral für die extreme Rechte in Deutschland oder spielt sie nur noch eine untergeordnete Rolle?

Ohne Zweifel hat die NPD in den letzten Jahren stark an Einfluss verloren und befindet sich in einer politischen und finanziellen Krise. Die Wahlergebnisse der Partei stagnieren seit etwa 2006, die Mitgliederzahlen gehen trotz der Übernahme der DVU durch die NPD zurück und die Partei musste aus finanziellen Gründen sogar ihre Mitarbeiter in Berlin entlassen.

Dennoch spielt sie nach wie vor eine wichtige Rolle für die extreme Rechte. In Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern sitzt sie jeweils in der zweiten Legislaturperiode in Folge im Landtag. In zahlreichen Kommunen Ostdeutschlands ist die NPD relativ stark vertreten und spielt nach wie vor eine wichtige Rolle für die Kameradschafts- und sonstige Naziszene. Als Anmelder von Aufmärschen, Kundgebungen, »Bürgerfesten« und Konzerten nutzt die NPD ihr Parteienprivileg für die Naziszene und sorgt für die Sichtbarkeit der Nazis auf der Straße. Trotz großer finanzieller Schwierigkeiten ist die NPD für einen großen Teil der extrem rechten Propaganda im Land verantwortlich. Mit Zeitungen wie der »Deutschen Stimme« und vielen regionalen Blättern trägt die NPD Nazi-propaganda unters Volk. Und trotz zahlreicher Spannungen gibt es nach wie vor eine enge Zusammenarbeit zwischen NPD und Kameradschaftsszene, wobei die NPD auch nicht vor der Zusammenarbeit mit gewalttätigen Nazis zurückschreckt. Ein Verbot der NPD wäre ein wichtiger und spürbarer Schlag für die Naziszene in Deutschland – ohne dass damit ein großer Teil der gewalttätigen Nazis verschwinden würde. Verbote sind auch für DIE LINKE nur eine Maßnahme unter vielen. Wichtiger und zentraler ist die alltägliche Auseinandersetzung der Bürgerinnen und Bürger mit Aufmärschen, Propaganda und Konzerten der Naziszene.

Im Sommer 2012 hat sich die Partei »Die Rechte« gegründet, die als mögliche Nachfolgeorganisation der NPD auftreten könnte, sollte es tatsächlich zu einem Verbot kommen. Mit Christian Worch wurde ein langjähriger

Kader der extremen Rechten zum Vorsitzenden dieser neuen Partei. Dem eigenen Anspruch nach will sich »Die Rechte« politisch zwischen der NPD und den Republikanern positionieren und ein breites Spektrum rechts von der Union ansprechen. Tatsächlich deuten aber Personal und Inhalte der neuen Partei auf ihre Verortung im neofaschistischen Milieu hin. Massive Auseinandersetzungen gibt es mit der NPD, um deren Mitglieder und ganze Landesverbände die neue Partei offen buhlt. Schwerpunkt von »Die Rechte« ist bisher Nordrhein-Westfalen, wo die Partei zahlreiche Kader aus verbotenen militanten Kameradschaften und aus dem Bereich der Autonomen Nationalisten aufgenommen hat.

Gewaltbereite Naziszene

Während die NPD noch knapp 6 000 Mitglieder hat, liegen die Zahlen der so genannten freien Naziszene weitaus höher. Unabhängige Stellen gehen von mehr als 15 000 Anhängern von Kameradschaften, Vereinen und losen Gruppen aus. Das Potenzial von gewalttätigen Nazis wird selbst vom Inlandsgeheimdienst mit bis zu 10 000 Personen sehr hoch eingeschätzt. In den letzten Jahren haben insbesondere die so genannten Autonomen Nationalisten (AN) mit ihrer großen Gewalttätigkeit und einem unkonventionellen Auftreten auf sich aufmerksam gemacht. Ganz in schwarz gekleidet und ohne Scheu vor den z.B. bei der NPD verpönten Anglizismen sind die AN insbesondere für rechte aktionsorientierte Jugendliche in städtischen Gebieten attraktiv. Die symbolische Anknüpfung an Kleidungsstil und Auftreten linker Gruppen ist dabei kein neues Phänomen, sorgt aber immer wieder für Verwirrung in der Öffentlichkeit. Hat sich auch das Outfit geändert, so sind die Inhalte doch die alten: Rassismus, NS-Verherrlichung und hohe Gewaltbereitschaft kennzeichnen diese Gruppen.

Nach wie vor spielt Musik eine zentrale Rolle für die extreme Rechte. Konzerte, CDs und die über Musik und Texte verbreitete Naziideologie sind wichtige Mittel zur Rekrutierung des Nachwuchses. Für Teile der Kameradschaftsszene, aber auch für NPD-Kader, ist das Geschäft mit der Nazimusik einträglich. Die Bedeutung dieses Themas und auch die damit verbundenen Kontakte und Netzwerke lassen sich gar nicht überschätzen,



gegen Naziterror und

DGO

NAZIS MORDEN,
DER STAAT LADT NACH.

ANTIFASCHISTISCHES

VERFASSUNGSSCHUTZ AUFLÖSEN



vergegenwärtigt man sich, dass der NSU durch das seit 2000 verbotene aber immer noch aktive Blood & Honour Netzwerk unterstützt wurde. DIE LINKE fragt die Bundesregierung und damit die Behörden regelmäßig nach den von der Naziszene veranstalteten Konzerten, nach TeilnehmerInnen und nach dem Verkauf indizierter CDs. Für die Einschätzung der Stärke dieser Szene sind diese Zahlen genauso wichtig wie die ebenfalls regelmäßig gestellte Frage nach den Naziaufmärschen und ihren TeilnehmerInnenzahlen. Monat für Monat fragt DIE LINKE nach den Straf- und Gewalttaten der extrem rechten Szene und enthüllt so über viele Jahre eine Verstärkung der Gewalt auf erschreckend hohem Niveau. In den letzten fünf Jahren waren es Jahr für Jahr zwischen 500 und 700 Gewalttaten von Nazis, wobei nur die Taten erfasst werden, die von den Opfern auch zur Anzeige gebracht bzw. von der Polizei registriert werden.

Rechtsextremismus zum Thema machen

DIE LINKE im Bundestag nutzt alle ihr zur Verfügung stehenden Möglichkeiten, um Neofaschismus, Rassismus, Antisemitismus und einer Ideologie der Ungleichheit der Menschen entgegenzutreten. Wir machen Rechtsextremismus überall dort zum Thema kritischer Auseinandersetzung, wo es sein muss: im Bundestag, auf der Straße, in den Medien, in unserer alltäglichen Arbeit in den Wahlkreisen. Wir tun dies zusammen mit anderen, in Bündnissen mit all denen, die den Nazis aktiv entgegentreten wollen. Für eine langfristige Bekämpfung der extremen Rechten müssen wir an die Wurzeln rechter Ideologie gehen: Rassismus, Nationalismus und die Vorstellung der prinzipiellen Ungleichheit und Ungleichwertigkeit von Menschen. DIE LINKE steht für eine solidarische, internationalistische und von sozialer Gleichheit getragene Gesellschaft.

Weitere Infos zum Thema

<http://www.linksfraktion.de/themen/rechtsextremismus>

<http://www.linksfraktion.de/themen/npd-verbot>

<http://www.linksfraktion.de/themen/rechtsterrorismus-nsu-zwickauer-zelle>

